

Substanzielles Protokoll 64. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. Mai 2011, 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Dorothea Frei (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Hanspeter Kunz (EVP), Urs Rechsteiner (CVP), Dr. Richard Wolff (AL)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/124](#) * E Postulat der FDP-Fraktion vom 13.04.2011: eGovernment für die Meldung von Ausweisverlusten sowie für weitere Bagatellanzeigen PV
3. [2011/126](#) * E Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 13.04.2011: Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz PV
4. [2011/127](#) * E Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 13.04.2011: Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs VTE
5. [2011/122](#) * E Postulat der Fraktionen SP, Grüne, AL und GLP vom 13.04.2011: Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen VTE
6. [2011/123](#) * E Postulat der Fraktionen SP, Grüne, AL und GLP vom 13.04.2011: Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen VTE
7. [2011/129](#) * ** Interpellation der Fraktionen SP, Grüne, GLP, CVP, AL und 5 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011: «Forum Innenstadt», Ziele und Ergebnisse betreffend den Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung der Innenstadtquartiere STP

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 8. | 2011/78 | Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 16.03.2011:
Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom
16.03.2011 betreffend der Erarbeitung einer Energiestrategie
ohne nukleare Risiken | |
| 9. | 2009/127 | Weisung vom 01.12.2010:
Einzelinitiative von Harry Lütolf betreffend bessere Information
über Häusersanierungen in der Stadt Zürich, Ablehnung | VGU |
| 10. | 2010/532 | Weisung vom 22.12.2010:
Stadtspital Triemli, Mitgliederbeiträge beim Verband Zürcher
Krankenhäuser (VZK), Ausgaben | VGU |
| 11. | 2011/45 | A Dringliches Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.02.2011:
Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Moratorium zur Klä-
rung offener Fragen | VGU |
| 12. | 2011/50 | Dringliche Interpellation der Grüne-Fraktion vom 02.02.2011:
Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Planungsaufwand
sowie mögliche Folgen nach der Einführung | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

1317. 2011/152 Ratsmitglied Thomas Marthaler (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Thomas Marthaler (SP 3) auf den 18. Mai 2011 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

1318. 2011/147 Interpellation von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) vom 11.05.2011: Stadtpolizei Zürich, Personalsituation und Umsetzung von Stapo 200x

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) beantragt Dringlicherklärung.

Der Rat wird über den Antrag am 25. Mai 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärungen:

Urs Fehr (SVP) verliest eine persönliche Erklärung zu den Ausschreitungen im Stadion Letzigrund vor dem Spiel FCZ – FCB vom 11. Mai 2011.

Roger Liebi (SVP), STR Martin Waser, Walter Angst (AL), Balthasar Glättli (Grüne), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Dominique Feuillet (SP), Theo Hauri (SVP), Roger Liebi (SVP) und Matthias Probst (Grüne) halten persönliche Erklärungen zur Platzierung von Asylsuchenden in verschiedenen Liegenschaften am Wydäckerring.

G e s c h ä f t e

1319. 2011/124
Postulat der FDP-Fraktion vom 13.04.2011:
eGovernment für die Meldung von Ausweisverlusten sowie für weitere Bagatellanzeigen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1320. 2011/126
Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 13.04.2011:
Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Limmatstrasse zwischen Limmatplatz und Escher-Wyss-Platz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1321. 2011/127

**Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 13.04.2011:
Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1322. 2011/122

**Postulat der Fraktionen SP, Grüne, AL und GLP vom 13.04.2011:
Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe
auf städtischen Baustellen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Rebekka Wyler (SP) vom 11. Mai 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1270/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1323. 2011/123

**Postulat der Fraktionen SP, Grüne, AL und GLP vom 13.04.2011:
Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum
Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Roger Tognella (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Rebekka Wyler (SP) vom 11. Mai 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1271/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1324. 2011/129

Interpellation der Fraktionen SP, Grüne, GLP, CVP, AL und 5 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011:

«Forum Innenstadt», Ziele und Ergebnisse betreffend den Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung der Innenstadtquartiere

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 11. Mai 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1269/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 66 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1325. 2011/78

Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 16.03.2011:

Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom 16.03.2011 betreffend der Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Bernhard Piller (Grüne) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 1154/2011).

***Bernhard Piller (Grüne):** In der Stadt Zürich ist das Ziel des langfristigen Atomausstiegs bereits in der Gemeindeordnung verankert. Aus dem Energieplanungsbericht 2010, den der Regierungsrat im November des letzten Jahres veröffentlichte, geht hingegen klar hervor, dass der Kanton neue Atomkraftwerke will. Dabei bräuchte es jetzt eine Strategie, wie sie der Verein Strom für morn! mit seiner kantonalen Initiative verlangt, nämlich die Stromversorgung bis spätestens 2035 aus vollständig erneuerbaren Energien zu beziehen. Dies gerade im Hinblick auf das AKW Beznau und sein veraltetes Reaktordesign aus den 60er Jahren. Die Bevölkerungsdichte rund um dieses AKW ist derart gross, dass bei einem Ausfall fast der ganze Kanton evakuiert werden müsste. Im Hinblick auf eine atomfreie Zukunft muss der Kanton via EKZ auf die Axpo Druck ausüben, dass das AKW Beznau möglichst schnell stillgelegt wird. Ich bitte deshalb die Ratsmitglieder, ihre Verantwortung für den Fortschritt wahrzunehmen und dem Beschlussantrag zuzustimmen.*

Namens der FDP-Fraktion stellt Alexander Jäger (FDP) den Ablehnungsantrag.

***Alexander Jäger (FDP):** Die FDP-Fraktion hat 2008 die Abstimmung des langfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie unterstützt und hält dies, wie auch die Förderung der erneuerbaren Energien, nach wie vor für sinnvoll. Der vorliegende Beschlussantrag kann von den Grünen direkt im Kantonsrat eingereicht werden. Zudem wird die Initiative Strom für morn!, die ja das Gleiche verlangt, dem Volk zur Abstimmung erst noch vorgelegt. Aus diesen Gründen lehnen wir den Beschlussantrag ab.*

Weitere Wortmeldungen:

***Christoph Spiess (SD):** Das Risiko innerhalb der Kerntechnologie, so klein es prozentual auch sein möge, ist untragbar. Ein langfristiger Ausstieg hält die Gefahr gleichbleibend hoch. Die Förderung alternativer Energien ist deshalb zwar gut, es wird aber einige Jahre dauern, bis der stetig steigende Energieverbrauch dadurch ausgeglichen werden kann. Wir brauchen deshalb weniger Bevölkerung, Mobilität und Wirtschaftstätigkeit in allen Bereichen, um Energie einzusparen und schneller auf alternative Möglichkeiten umsteigen zu können. Nichtsdestotrotz unterstützen die SD den Vorstoss der Grünen.*

Dr. Zora Ledergerber (GLP): Für die formale Argumentation der FDP hat die GLP-Fraktion Verständnis. Natürlich kann dieses Geschäft auch direkt im Kantonsrat eingebracht werden. Doch das Thema ist zu wichtig, um technisch zu argumentieren. Die GLP-Fraktion ist grundsätzlich für einen Einstieg in den Ausstieg. Es ist jedoch von Bedeutung, dass der geforderte schnelle Kurswechsel unbedingt ein ökonomisch sinnvoller und realistischer Ausstieg sein soll. Die Wirtschaft muss genug Zeit haben, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Bruno Wohler (SVP): Das Votum der GLP-Fraktion verdeutlicht klar, warum ein kurzfristiger Ausstieg aus der Atomenergie nicht möglich ist. Unzählige Betriebe in der Schweiz benötigen für die Herstellung ihrer Produkte genug Strom und können nicht von heute auf morgen ihre Arbeitsleistung derart einschränken. Eine Reduzierung braucht Zeit. Es ist kontraproduktiv, dem Kanton durch diesen Beschlussantrag Fesseln anzulegen. Die SVP-Fraktion ist deshalb dagegen.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Die Lagerung des Atommülls beansprucht mehrere tausend Jahre, die Folgekosten für die Bewachung der Abfälle wären erheblich. Ein ökonomisch sinnvoller Ausstieg, wie ihn die GLP-Fraktion gefordert hat, wäre demnach kein langfristiger, sondern ein sofortiger. Mit diesem Antrag wollen nicht die Grünen als Partei an den Kantonsrat herantreten, wie die FDP-Fraktion fälschlicherweise annimmt, es handelt sich hier um ein städtisches Anliegen. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion den Antrag.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die SD haben deutlich gemacht, dass eine Zukunft mit erneuerbaren Energien ohne eine Änderung des eigenen Nutzungsverhaltens nicht durchsetzbar ist. 2008 verabschiedete die Mehrheit des Gemeinderats das energiepolitische Modell der 2000-Watt-Gesellschaft, der Einsatz stromsparender Geräte nahm zu. Der Stromverbrauch wurde dadurch jedoch nur minim reduziert. Es müssen noch weitere Massnahmen ergriffen werden, um eine wirksame Veränderung herbeizuführen. Wir stimmen für den Antrag, fordern aber konsequentere Lösungsansätze zur Stromeinsparung.

Dr. Josef Widler (CVP): Ein Konzept zu verlangen, das auf nukleare Risiken verzichtet ist blauäugig. In den nächsten 20 Jahren wird es nicht möglich sein, via Steckdosen nur Strom zu beziehen, der aus erneuerbaren und alternativen Energien entsteht. Bis eine Umstellung möglich ist, wird der Atomstrom die einzige nutzbare Energie bleiben. Es wäre also ehrlicher, man würde von einem Risiko reden, welches möglichst gering gehalten werden soll. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb den Beschlussantrag nicht.

Alecs Recher (AL): Die Grünen haben genau das erreicht, was sie wollten, nämlich reges Diskussionspotenzial. Leider kann man aus politisch heisser Luft immer noch keine Energie gewinnen. Darum mache ich es kurz: Atomkraft nein danke!

Matthias Probst (Grüne): Die Debatte gegen Atomkraft wird in der Schweiz schon länger geführt. Plötzlich ist jedoch auch das Risiko spürbar geworden. Aus diesem Grund soll der Kanton eine Energiestrategie ausarbeiten, die anstrebt, dass in Zukunft auf nukleare Risiken verzichtet werden soll. Der Atomausstieg hat seinen Preis, darum muss das Investment dafür jetzt gemacht werden.

Roger Tognella (FDP): Der Stromverbrauch wird auch ansteigen, wenn wir aus Deutschland kohlenproduzierten Strom importieren. In der Schweiz existiert ein Lastprofil. Die Spitzenlast produzieren wir mit Wasserkraft, die Grundlast mit Atomkraft. Es ist alles eine preisliche Frage, sonst könnte man schon heute die Atommeiler vom Netz nehmen.

Matthias Probst (Grüne): *Der Einwand der FDP-Fraktion betreffend direkte Eingebung in den Kantonsrat, ist unverständlich. Ein Beschlussantrag ist eine Willensbekundung der Stadt Zürich an den Kanton. Die Stadt Zürich wünscht also, dass der Kanton die Strategie erarbeitet und es ist ihr gutes Recht, diese Strategie beim Kanton einzufordern. Der hier dargelegte Antrag ist deshalb ein angebrachtes Mittel für diesen Zweck.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 72 gegen 47 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

2011/167

Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom 16.03.2011 betreffend der Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, eine Energiestrategie auszuarbeiten, welche auf nukleare Risiken verzichtet.

Begründung:

Im November 2010 veröffentlichte der Regierungsrat des Kantons Zürich den Energieplanungsbericht 2010. Dieser setzt für die zukünftige Stromversorgung auf neue Atomkraftwerke. Schon damals kritisierten wir diese Strategie als nicht zukunftsfähig.

Angesichts des katastrophalen Atomunfalls im Atomkraftwerk Fukushima drängt sich ein schnellstmöglicher Kurswechsel, hin zu einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung auf.

Der Energieplanungsbericht 2010 ist seit dem 11. März 2011 Makulatur.

Die durch Bundesrätin Leuthard bis auf weiteres angeordnete Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW in der Schweiz ist ein erster Schritt. Nun gilt es auch im Kanton Zürich eine Strompolitik zu verfolgen und umzusetzen, welche den geordneten Rückzug aus dieser Risikotechnologie vorsieht und auch erreicht. Hierfür braucht es eine Atomausstiegsstrategie des Kantons Zürich.

Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrats, 8090 Zürich und an den Stadtrat

1326. 2009/127

Weisung vom 01.12.2010:

Einzelinitiative von Harry Lütolf betreffend bessere Informationen über Häusersanierung in der Stadt Zürich, Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Die Einzelinitiative von Harry Lütolf betreffend bessere Informationen über Häusersanierungen in der Stadt Zürich wird abgelehnt.

Kommissionsreferentin:

Uschi Heinrich (SP): *Die Initiative ist vor zwei Jahren im Sinne einer allgemeinen Anregung eingereicht und im Juni 2009 vom Gemeinderat vorläufig unterstützt worden. Der Initiator möchte, dass die Stadt gegenüber MieterInnen Auskunft erteilt, ob HausbesitzerInnen Förderbeiträge oder Subventionen für die energetische Sanierung ihrer Liegenschaften erhalten haben. Es soll verhindert werden, dass MieterInnen Mietzinsaufschläge für Sanierungen zahlen, die bereits durch die öffentliche Hand subventioniert wurden. Jedoch fehlt bei Bund und Kanton sowie auf städtischer Ebene, die Rechtsgrundlage für die Bekanntgabe solcher Daten, weshalb die Forderung nicht realisierbar ist. In der Stadt sind Förderbeiträge an HausbesitzerInnen im Stromsparfonds geregelt. MieterInnen profitieren von energieeffizienteren Geräten durch eine Senkung ihrer eigenen Energiekos-*

ten. Die geforderte Transparenz betreffe nur einen kleinen Bereich und wird in anderen Kantonen, wo die Möglichkeit des Informationsbezuges bereits besteht, wenig genutzt. Ob die Umsetzung der Initiative überhaupt den gewünschten Effekt haben könnte, steht deshalb in Zweifel. Aus diesem Grund bitte ich darum, der einstimmigen Kommission zu folgen und die Einzelinitiative abzulehnen.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP) i.V. von Alexander Jäger (FDP), Andrea Hochreutener (SP), Simon Kälin (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP), Urs Weiss (SVP)
Abwesend: Margrit Haller (SVP), Dr. Zora Ledergerber (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 112 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Einzelinitiative von Harry Lütolf betreffend bessere Informationen über Häusersanierungen in der Stadt Zürich wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat, Harry Lütolf, Gemeindestrasse 39, 8032 Zürich und amtliche Publikation am 25. Mai 2011

1327. 2010/532

Weisung vom 22.12.2010:

Stadtpital Triemli, Mitgliederbeiträge beim Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK), Ausgaben

Antrag des Stadtrats

1. Für das Stadtpital Triemli wird eine Erhöhung des jährlichen Mitgliederbeitrags an den Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) auf Fr. 75 000.– ab dem Jahr 2011 bewilligt.
2. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtpital Triemli einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 90 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.
3. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtpital Waid einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 60 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Uschi Heinrich (SP): *Der VZK ist heute der zweitgrösste Spitalverband, alle öffentlichen Akutspitäler im Kanton Zürich sind inzwischen Mitglieder. Gegenüber dem Kanton Zürich, der Krankenversicherer und anderen Verbänden ist der Verein Interessenvertreter der Spitäler. Eine Mitgliedschaft bedeutet aber noch mehr. Der VZK setzt sich mit dem neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz auseinander, bietet Weiterbildungen an,*

einen Einkaufsverbund und Unterstützung in ökologischer Nachhaltigkeit. Falls der Weisung nicht zugestimmt würde, müsste das Triemli seine Mitgliedschaft kündigen und eine interne Vollzeitstelle schaffen, um sich auf die Tarifverhandlungen mit den Krankenkassenträgern entsprechend vorzubereiten. Allein diese Stelle wäre teurer als die Mitgliedschaft beim VZK. Dank des Vereins konnten 2010 die Tarifverhandlungen, mit Mehrerrträgen in Millionenhöhe für die beiden Stadtspitäler, positiv abgeschlossen werden. Ich bitte deshalb den Rat, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Weisung zu befürworten.

Urs Weiss (SVP): Die SVP-Fraktion stellt die Vorteile sowie den VZK selber nicht in Frage. Um das Kostenmanagement zu verbessern, scheint es für einen Verein aber immer der einfachste Weg zu sein, die Mitgliederbeiträge zu erhöhen. Hier ist aber unternehmerisches Denken und Kreativität gefordert. Auch das Hinterfragen von Leistungsangeboten auf ihre absolute Notwendigkeit muss einen hohen Stellenwert einnehmen. So können schnell einmal grössere Beträge eingespart werden. Die verlangte Kompetenz des Stadtrats, die zukünftigen Beitragserhöhungen selbst bestimmen zu können, fördert einen leichteren Zugang zu bereits versprochenen Geldern. Daher lehnt die SVP die Beitragserhöhung fürs Triemli ab und ebenso die Dispositivpunkte 2 und 3.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Durch die Mitgliedschaft beim VZK wird unseren Stadtspitalern ein Sitz im fünfköpfigen Vorstand zugestanden. Damit sind wir auch auf nationaler Ebene gut vernetzt und können uns in den Gesetzgebungsprozess miteinbringen. Gerade die SVP müsste ein Interesse daran haben, dem Stadtrat die Erhöhungskompetenz zu geben. Es ist ineffizient, für einen festgesetzten Betrag mehrere Gemeinderatssitzungen abzuhalten. Grössere Erhöhungen würden wieder in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Ich bitte sie deshalb, dieser Weisung zuzustimmen und damit die beiden Stadtspitäler in den kantonalen und gesamtschweizerischen Verhandlungen zu stärken.

Weitere Wortmeldungen:

Alexander Jäger (FDP): Es ist unklug öffentlich bekannt zu geben, um wie viel die Beiträge bei Anpassung der VZK-Mitgliederbeiträge erhöht werden. Für den Verband bedeutet dies eine finanzielle Absicherung und keine Kosteneffizienz. Der Gemeinderat kann Erhöhungen nicht im Voraus beschliessen. Das Parlament sollte fähig sein, solche Beträge in nützlicher Frist zu bestimmen. Wir sind nicht für die Unterstützung dieser Weisung und fordern eine Streichung von Punkt 2 und 3.

Marcel Schönbächler (CVP): Der Stadtrat hat ein begründetes Interesse daran, dass die beiden Spitäler Mitglied im VZK bleiben. Handlungsspielräume müssen deshalb da sein. Dass der Verband, aufgrund der festgeschriebenen Erhöhungen, seine Beiträge in ein bis zwei Jahren wieder anheben würde, ist eine dünne Ablehnungsbegründung. Deshalb bittet die CVP-Fraktion darum, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Walter Angst (AL): Bisher wurde noch nichts darüber gesagt, welche Position der VZK in Sachen Arbeitsbedingungen vertritt. Ein ausgeglichener Personalbestand sowie Arbeitsbedingungen, die sich an kantonalen Vorgaben orientieren, müssen in den zu unterstützenden Spitalern vorhanden sein. Die Beantwortung dieser Frage ist zentral bei einer Entscheidung eines Beitritts und Beitrags an einen Arbeitgeberverband.

Roger Liebi (SVP): Eine höhere Transparenz der konkreten Ziele des Verbands wünscht sich die SVP-Fraktion ebenfalls. Steht eine Erhöhung bis zu einem bestimmten Betrag schon in einer Weisung, sind die Pläne offensichtlich. Es wird nicht lange dauern, bis die genannte Summe erreicht ist.

STR Claudia Nielsen: Wäre dem Stadtrat der finanzielle Aspekt gleichgültig, würde er nicht die Mitgliedschaft im Verband beantragen. Wie das Gesundheitswesen sich in den nächsten Jahren entwickelt, kann heute noch niemand wissen. Um auf das AL-Votum einzugehen: Das Personal beider Stadtspitäler ist gut positioniert, weil nach städtischem Personalrecht angestellt.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Streichung der Ziffern 2 und 3.

Mehrheit: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Simon Kälin (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit: Alexander Jäger (FDP), Referent; Margrit Haller (SVP), Urs Weiss (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Simon Kälin (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP),
Minderheit: Urs Weiss (SVP), Referent; Margrit Haller (SVP), Alexander Jäger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für das Stadtspital Triemli wird eine Erhöhung des jährlichen Mitgliederbeitrags an den Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) auf Fr. 75 000.– ab dem Jahr 2011 bewilligt.
2. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtspital Triemli einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 90 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.
3. Die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ermächtigt, für das Stadtspital Waid einen Jahresbeitrag bis zu einem Maximum von Fr. 60 000.– zu bewilligen für den Fall, dass es in den nächsten Jahren zu Anpassungen des jährlichen VZK-Mitgliederbeitrags kommen sollte.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 25. Mai 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juni 2011)

1328. 2011/45

Dringliches Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.02.2011:

Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Moratorium zur Klärung offener Fragen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Namens der Grüne-Fraktion begründet Jürg Ammann (Grüne) das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1064/2011).

Jürg Ammann (Grüne): Die schweizweite Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen betrifft auch die Stadtzürcher Spitäler. Eine Spitalbehandlung wird künftig nicht mehr nach dem effektiv geleisteten ärztlichen und pflegerischen Aufwand in Rechnung gestellt, sondern aufgrund einer von über tausend Diagnosegruppen. Dadurch soll nicht etwa die medizinische Versorgung verbessert, sondern die Transparenz durch Vergleichsmöglichkeiten und eine Kostensenkung gewährleistet werden. Das System der Swiss DRGs sieht für bestimmte Behandlungen eine Mindest- und Maximalaufenthaltsdauer im Spital zu einem Fixpreis vor. Bei Überschreitung dieser Maximalen müssen PatientInnen wie Spitäler die Mehrkosten tragen. Da die Spitalbehandlungen in der Schweiz regional sowie kantonal unterschiedlich viel kosten, besteht die Gefahr eines ungesunden Wettbewerbs. Spitäler mit niedrigen Lohnauslagen schwingen oben auf und sind ausschlaggebend für die zu berechnenden Kostengewichte, während Gegenden mit höheren Lebenshaltungskosten in Nachteil geraten. Es gibt noch viele ungeklärte Fragen: Wie ist der Umgang mit älteren sowie todkranken PatientInnen, die auf Palliativpflege angewiesen sind? Was kommt auf die Spitex und die Pflegeabteilungen zu, wenn PatientInnen früher entlassen werden müssen, damit sie ihre Maximaldauer nicht ausschöpfen oder überschreiten? Wie sieht es mit den Kosten aus? Da schlüssige Antworten bis heute fehlen, bitte ich die Ratsmitglieder das Postulat zur dringenden Klärung dieser Fragen zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Diesen offenen Fragen müssen wir uns sowieso stellen. Auch der Trend einer sinkenden Aufenthaltsdauer in Spitälern wird selbst ohne DRGs nicht aufzuhalten sein. Natürlich werden die DRGs Auswirkungen auf die Nachbetreuung in den Pflegezentren und der Spitex haben. Deshalb ist es wichtig, dass die verschiedenen Angebote von einem Punkt aus gesteuert werden können. Unsere zwei Stadtspitäler sind nicht nur in punkto Umstellung auf das DRG-System bestens vorbereitet, sondern auch in der Koordination, die eine adäquate Versorgung der PatientInnen gewährleistet. Mit einer weiteren Verschiebung der Einführung würde die Stadt Zürich sich und ihre gut positionierten Spitäler im gesamtschweizerischen Gleichschritt ausbremsen. Die Begleitforschung ist bereits an den richtigen Orten installiert. In Deutschland und in den USA haben sich die Befürchtungen über Entlassungen oder Qualitätsminderungen nicht bewahrheitet. Ebenso wenig die Angst davor, dass die älteren und polymorbiden PatientInnen es innerhalb dieses Systems schwerer hätten. Da alle Fragen bereits auf dem Weg zur Klärung sind, bitte ich den Rat das Postulat abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Maleica Landolt (GLP): Im nationalen Parlament wurde der Beschluss gefasst, dass mit der Spitalfinanzierung eine DRG-Einführung auf kantonaler Ebene stattfinden muss. Es ist deshalb nicht zielführend, nochmal mindestens ein Jahr länger zu warten. Spitäler

und nachgelagerte Institutionen haben sich fit gemacht für die DRGs. Damit die Spitäler konkurrenzfähig bleiben, liegt es in ihrem Interesse und im Interesse des Pflegepersonals, für die PatientInnen weiterhin eine gute medizinische Leistung mit nötiger Nachbetreuung zu gewährleisten. Trotzdem muss das System weiter unter Beobachtung stehen und wenn nötig sollten unbedingt Optimierungen getroffen werden. Das Postulat ist nicht zu unterstützen.

Margrit Haller (SVP): Die Stadtspitäler Waid und Triemli sind seit 2007 daran, sich auf die Einführung der DRGs vorzubereiten. Ein Stop dieser Planung würde eine grosse Benachteiligung dieser Spitäler bedeuten, denn alle Krankenhäuser haben in der Schweiz gleich viel Zeit, sich auf die Umstellung entsprechend einzulassen. Auch die Tarifverhandlungen, die im nächsten Jahr stattfinden, würden durch ein Moratorium ausgebremst. Durch die DRG-Einführung wird die Schnittstelle zwischen HausärztInnen, SpezialärztInnen, Pflegezentren, selbständigen Pflegefachkräften und TherapeutInnen optimiert. Die derzeitige Situation einer Über-, Unter- oder Fehlversorgung kann somit verbessert werden. Der Glaube, die Aufschiebung dieses gesamtschweizerischen Spitalentgeltungssystems würde zu substantziellen Verbesserungen führen, ist illusorisch. Es ist ein sich weiterentwickelndes Projekt, das einen Beginn braucht um allfällige Prozesse verbessern zu können. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat daher ab.

Andrea Hochreutener (SP): Unklar ist nach wie vor, wie zusätzliche Komplikationen und Krankheiten älterer PatientInnen berechnet werden sollen. Die SP-Fraktion verlangt vom ersten Tag ab Einführung eine Begleitforschung, die das neue System sorgfältig prüft. Ferner verlangt die SP eine Textänderung: „Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass sich die Stadtspitäler ab dem ersten Tag aktiv an der Begleitforschung zur Einführung der Swiss DRG beteiligen.“ Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat mit dieser Textänderung.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Befürchtung ist gross, dass durch den Systemwechsel sowohl die jährlichen Krankenkassenkosten sowie die Steuerprozente steigen werden. Durch die elektronische Datenübertragung an die Krankenkassen bleiben zum Thema Datenschutz noch einige Fragen offen. Die DRGs könnten eine Zweiklassenmedizin bewirken. Lukrative Operationen sind gewinnbringend, notwendige Eingriffe verursachen dagegen Kosten. Die Stadtspitäler sind damit einer extremen Belastung ausgesetzt. Ein Moratorium macht deshalb Sinn und ist, genauso wie eine effektive Begleitforschung, zu befürworten.

Alexander Jäger (FDP): Die Spitäler hatten fünf Jahre Zeit, sich auf die DRG-Einführung vorzubereiten. Die FDP-Fraktion ist gleicher Meinung wie die SP-Fraktion, dass es kein Gesundheitsgesetz geben darf, welches Spitäler, die kompliziertere Fälle behandeln, schlechter stellt. Man muss schauen, dass man das ausgleichen kann und wir sind überzeugt, dass entsprechende Ausgleichsfaktoren gefunden werden. Die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass die Einführung der DRG keine negativen Auswirkungen zeitigt. Die FDP stimmt deshalb dem Postulat nicht zu.

Balthasar Glättli (Grüne): In den medizinischen Kernbereich, der die Arbeit der DoktorInnen als auch die Arbeit des Pflegepersonals erfasst, kann nicht nur einmal investiert werden um den Aufwand im Einzelfall zu verkleinern. PatientInnen benötigen nicht nur die Leistung, sondern auch die Zeit des Menschen, der sie pflegt. Die Gesundheitsbranche ist die einzige Branche, die nur unter dem Aspekt Kosten angeschaut wird und nicht darunter, dass sie Arbeitsplätze schafft und eine Leistung bringt, über die wir bei Eigenbedarf alle froh sind. Das DRG-System mit seinen Testdiagnosen führt zu einer Überbehandlung von Gesunden und einer Unterbehandlung von Kranken. ÄrztInnen müssen in Zukunft aus Gewissensgründen Entscheide fällen, die mit der hier festgesetz-

ten Ökonomie nicht vereinbar ist. Wenn zudem die Investitionskosten integraler Bestandteil der Vergütung sind, führt dies zu einer Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der öffentlichen Spitäler.

Dr. Josef Widler (CVP): Die Begleitforschung ist mit einem Moratorium nicht möglich, weil keine Vergleichsgruppe vorhanden ist. Fehlanreize müssen jedoch früh genug erkennbar sein. Die Behandlung der PatientInnen sollte nach wie vor nach fachlichen Kriterien getroffen werden. Nur weil ein neues System eingeführt wird, findet keine neue Medizin statt! Ein Aufschub bringt deshalb nichts. Das Moratorium ist abzulehnen.

Dr. Ueli Nagel (Grüne): Das System einer Pauschale für Fälle, die immer wieder gleich abgewickelt werden ist einleuchtend und gut. Jedoch hat es eine Form der Bürokratisierung angenommen, die nur einen massiven Stresstest für die Stadtspitäler und nachgelagerten Dienste bedeutet. Die GLP-Fraktion sieht fälschlicherweise in der DRG-Einführung mehr Wettbewerb zu Gunsten von Qualität und Kosteneffizienz. Das Gegenteil ist der Fall: die Prämien werden steigen, der Kostendruck wird zunehmen und die medizinische Qualität wird leiden. Deshalb braucht es dringend das im Postulat geforderte Moratorium.

Peter Anderegg (EVP): Auch wir zweifeln daran, dass eine Qualitätssteigerung bei gleichzeitigem administrativen Aufwand herbeigeführt werden kann. Der Druck auf das Pflegepersonal wird steigen. Für PatientInnen bedeutet die Neuerung, dass die Anzahl Pflegeminuten sinken wird. Wir nehmen die Bedürfnisse der betroffenen PatientInnen und des Pflegepersonals ernst und möchten, dass nötige Massnahmen frühzeitig umgesetzt werden können. Aus diesem Grund stehen wir dem Postulat positiv gegenüber.

STR Claudia Nielsen: Die Debatte zeigt die Sorge um eine gute Gesundheitsversorgung in der Stadt Zürich, ebenso wie die Wertschätzung der Arbeit in den Stadtspitälern. Allfällige Steuererhöhungen sind nicht auf die DRG-Einführung, sondern auf das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz zurückzuführen. Eine Zunahme des ökonomischen Drucks auf ÄrztInnen wird es auch ohne DRG geben. Flexible Übergangslösungen zu Gunsten der PatientInnen würden bedeuten, dass diese auch über eine maximale Aufenthaltsdauer hinaus und ohne Mehraufwand in den Spitälern bleiben könnten. An dieser Stelle muss ich an die langwierige Budgetdebatte erinnern, die wir im Gemeinderat geführt haben. Für eine derartige Leistungsoptimierung müssten neue Stellen geschaffen werden, die vom Gemeinderat im Frühling nicht bewilligt wurden.

Jürg Ammann (Grüne): Die Grünen nehmen den Textänderungsvorschlag an.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Eigentümerin und Betreiberin der Spitäler Triemli und Waid sich in Zusammenhang mit der Einführung von SwissDRG dafür einsetzen kann, dass an den Stadtspitälern möglichst flexible Übergangsregelungen zu Gunsten der PatientInnen und des Gesundheitspersonals umgesetzt werden können, bzw. nötigenfalls ein Moratorium zur Klärung offener Fragen unterstützt werden kann. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass sich die Stadtspitäler ab dem ersten Tag aktiv an der Begleitforschung zur Einführung der SwissDRG beteiligen. Ebenso ist der Abfederung der befürchteten negativen Folgen der Systemumstellung bei vor- und nachgelagerten medizinischen Leistungserbringern wie Hausärztinnen und Hausärzten, Pflegeinstitutionen, Spitex, Rehabilitation und Neurorehabilitation Rechnung zu tragen. beim Bund und bei der SwissDRG AG ein mindestens einjähriges Moratorium zur Klärung offener Fragen im Zusammenhang mit der Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen erwirken kann. Sollte dies nicht möglich sein, wird der Stadtrat gebeten, sich vehement für eine möglichst flexible Übergangsregelung zu Gunsten der PatientInnen und des Gesundheitspersonals einzusetzen. Insbesondere geht es um die Abfederung der befürchteten negativen Folgen der Systemumstellung bei vor- und nachgelagerten medizinischen Leistungserbringern wie Hausärztinnen und Hausärzten, Pflegeinstitutionen, Spitex, Rehabilitation und Neurorehabilitation. Analog dazu soll die erforderliche Aus- und Weiterbildung des Medizin- und Pflegepersonals möglichst flexibel gehandhabt werden, um Härtefälle zu vermeiden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 61 gegen 56 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1329. 2011/50
Dringliche Interpellation der Grüne-Fraktion vom 02.02.2011:
Einführung der SwissDRG-Fallpauschalen, Planungsaufwand sowie mögliche Folgen nach der Einführung

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 358 vom 30. März 2011).

Das Geschäft ist ohne Diskussion erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1330. 2011/157
Motion von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 18.05.2011:
Turbinenplatz, Umgestaltung in eine benutzerfreundliche Parkanlage

Von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) ist am 18. Mai 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, um den Turbinenplatz im Industriequartier in eine benutzerfreundliche Parkanlage / Spiel- und Freizeitwiese nachhaltig umzugestalten. Diese neue Platzgestaltung soll sich dabei an der unlängst umgestalteten familien- und kinderfreundlichen Parkanlage Josefweise ausrichten.

Begründung:

Im Entwicklungsgebiet Zürich West werden in den nächsten Jahren hunderte von Wohnungen gebaut, neue Arbeitsplätze sowie Ausbildungs- und Schulungsplätze geschaffen.

Nachdem bereits heute die wenigen Freiräume in Zürich West (Josefwiese, Limmatuferweg, Flussbäder Unterer- und Oberer Letten) stark genutzt werden, sind mittelfristig im Bereich Freiräume weitere Massnahmen nötig. Dadurch kann die Qualität des Lebensraums sowie die Attraktivität von Zürich und der unmittelbar betroffenen Quartiere gesteigert werden.

Seit der Erstellung bzw. Umgestaltung des Turbinenplatzes (mit rund 14'000 m² der grösste Platz der Stadt Zürich) im Jahre 2003 hat sich dessen Umgebung stark gewandelt. Wie zuvor einleitend ausgeführt wurde, ziehen sich diese strukturellen Veränderungen in den nächsten Jahren fort. Deshalb drängt sich diese Platzumgestaltung geradezu auf, da zurzeit die Platzanlage von der ansässigen Bevölkerung offensichtlich nicht oder wenig genutzt wird.

Mitteilung an den Stadtrat

1331. 2011/158

**Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 18.05.2011:
Einführung von Schnellbussen zwischen den stadtzürcher Aussenquartieren und dem Hauptbahnhof**

Von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) ist am 18. Mai 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage zu unterbreiten, wie Schnellbusse eingerichtet werden können, welche die stadtzürcher Aussenquartiere in den Stosszeiten direkt mit dem Hauptbahnhof verbinden.

Begründung:

Die Masseneinwanderung hat in Zürich zu einem Bevölkerungswachstum geführt, das mit neuen Verkehrsträgern bewältigt werden muss. Pendelbusse, die nur an wenigen Knoten halten und in den Stosszeiten die Aussenquartiere mit dem HB verbinden, können Strassen und öffentliche Verkehrsmittel stark entlasten. Die Reisezeit für Bewohner der Aussenquartiere würde damit deutlich sinken. Verwendet werden Gelenk-Dieselbusse. Die Trolleybusse werden jeweils bei Busbuchten überholt oder die Schnellbusse fahren auf Strassen ohne VBZ-Linien. Diese Verbindungen wären massiv schneller als Tram und Bus. Solche Schnellbusse würden zudem mit dem Umsteigeeffekt den privaten Verkehr auf den Verkehrsachsen entlasten. Routenbeispiele sind: Witikon-Klusplatz-Römerhof-HB / Rütihof-Meierhofplatz-Wipkingerplatz-HB / Leimbach-Brunau-Tessinerplatz-HB und retour. Die Schnellbusse erhalten einen eingängigen Namen wie «Zürblitz» und werden als neue Dienstleistung vermarktet. Mit zusätzlich generiertem VBZ-Aboverkauf können die Busse zum Teil amortisiert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1332. 2011/159

**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Christina Hug (Grüne) vom 18.05.2011:
Anpassung der Grünen Welle auf Hauptverkehrsachsen auf Tempo 20 km/h**

Von Matthias Probst (Grüne) und Christina Hug (Grüne) ist am 18. Mai 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich auf den Hauptverkehrsachsen die Grüne Welle bei Ampelsignalisationen auf ca. Tempo 20km/h eingestellt werden kann, so dass Velofahrende nicht an jeder Kreuzung knapp nicht passieren können.

Begründung:

In der Stadt Zürich ist man sich - politisch breit abgestützt - einig, dass Veloförderung wichtig ist. Dies, weil das Velo drei wichtige Mobilitätsfaktoren verbindet:

1. Es ist mit reiner Muskelkraft betrieben;
2. Es ist extrem raumsparend;
3. Es ist das schnellste Fortbewegungsmittel im urbanen Raum.

Leider tut man sich in Zürich aber sehr schwer mit der realen Veloförderung. Oft wird sie zugunsten anderer Interessen geopfert. Klare Statements, wie in Dänemark oder Holland üblich, sucht man in Zürich vergebens. In Kopenhagen, einer Stadt grösser als Zürich, fahren über 37% der Einwohner Velo (Zürich 5%). Offensichtlich funktioniert die Veloförderung dort besser als bei uns, weshalb es Sinn macht, sich an den dort getroffenen Massnahmen zu orientieren.

Eine Massnahme, die sich offenbar sehr bewährt hat und v.a. den Anteil an Velopendlerinnen extrem erhöht hat, ist die Grüne Welle für Velos. So kann man in ganz Kopenhagen bequem mit Tempo 20km/h durch die ganze Stadt fahren, ohne ein einziges Mal anhalten zu müssen. Hingegen präsentiert sich die Lage in Zürich so, dass man mit dem Velo nach einer Grünphase an der ersten Kreuzung extrem in die Pedale treten muss, um die Grünphase an der zweiten Kreuzung gerade noch passieren zu können. Spätestens an der nachfolgenden dritten Kreuzung bleibt man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aufgrund einer roten Ampel hängen.

Klar gibt es in Zürich viele Strecken mit Steigungen, wo dieses (vorgeschlagene) Tempo zu hoch ist, sowie Strecken mit Neigungen, wo es höher sein kann, oder Kreuzungen mit ÖV-Priorisierung, wo die Grüne Welle unterbrochen wird. Jedoch sollte es – abgesehen von diesen erwähnten Ausnahmen – Standard sein, dass die restlichen Kreuzungen mit Ampelsignalisationen auf das Tempo 20km/h ausgerichtet sind.

Mitteilung an den Stadtrat

1333. 2011/160

**Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 18.05.2011:
Verzicht auf Unterbringung von Asylanten in einem Wohnquartier**

Von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 18. Mai 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Unterbringung von Asylsuchenden mitten in einem Wohnquartier verzichtet und ein anderer Standort gefunden werden kann.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass die Stadt Zürich gewisse Kontingente von Asylsuchenden aufnehmen muss. Zu diesem Zweck müssen geeignete Standorte und Unterkünfte gefunden werden. Ein Asylheim darf aber nicht mitten in einem Wohnquartier stehen und schon gar nicht in der Nähe von Schulhäusern.

Mitteilung an den Stadtrat

1334. 2011/161

**Postulat von Marcel Savarioud (SP) vom 18.05.2011:
Areal des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf, Erhalt als strategische Landreserve für Sondernutzungen im Interesse der gesamten Bevölkerung**

Von Marcel Savarioud (SP) ist am 18. Mai 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er gemeinsam mit anderen Anrainergemeinden des Flugplatzes Dübendorf sowie dem Kanton Zürich erreichen kann, dass das Areal des ehemaligen Militärflugplatzes als strategische Landreserve für Sondernutzungen erhalten wird, um künftig im Interesse der gesamten Bevölkerung genutzt zu werden.

Begründung:

Das Flugplatzareal Dübendorf ist die letzte grosse strategische Landreserve in Zentrumsnähe und bildet somit eine einmalige Chance für die Raumentwicklung im Kanton Zürich. Das Areal, welches grösser ist als die Zürcher Innenstadt vom Hauptbahnhof bis zum Zürichsee, stellt eine einmalige Chance dar, die im bestmöglichen Interesse künftiger Generationen genutzt werden soll.

Der Regierungsrat hat im Entwurf des Zürcher Richtplans das Gelände richtigerweise nicht mehr als Flugplatz ausgewiesen. Dies nachdem eine Testplanung ergeben hat, dass eine nicht fliegerische Nutzung bis zu 5000 Arbeitsplätzen generieren kann. Ein Werkflugplatz, wie ihn der Bund nun prüft, könnte nur rund 300 Arbeitsplätze schaffen. Arbeitsplätze sollen zudem in zukunftssträchtigen Bereichen wie Bildung, Forschung, Innovation, Gesundheit und Kultur entstehen. Wichtig für die Bevölkerung ist auch eine zukünftige Nutzung des Areals als Natur- und Erholungsraum sowie für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnungsbau. Denkbar ist auch eine Nutzung für öffentliche Bauten.

Eine andere als die vom Bund nun in Prüfung befindende gemeinsame Nutzung als zivilen und militärischen Flugplatz liegt im Interesse unserer Stadt und des Kantons Zürich. Wenn der Flugplatz für den zivilen Flugverkehr geöffnet wird, muss mit 80000 und mehr Flugbewegungen und damit mit einem flächendeckenden Lärmteppich sowie mit nicht zu unterschätzenden Sicherheitsproblemen aufgrund der Nähe zum Klotenener Flughafen gerechnet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen und die drei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1335. 2011/162

**Schriftliche Anfrage von Thomas Marthaler (SP) vom 18.05.2011:
Schaffung einer Einheitspolizei im Kanton Zürich**

Von Thomas Marthaler (SP) ist am 18. Mai 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Nachdem im April 2012 die Ausbildung der angehenden Polizistinnen und Polizisten von Kantons- und Stadtpolizei Zürich sowie weiterer kommunaler Polizeikorps in der neu geschaffenen "Zürcher Polizeischule" erfolgen wird, drängt sich die Frage nach der Schaffung einer Einheitspolizei im Kanton Zürich ernsthaft auf. Durch einen Zusammenschluss der Polizeikorps im Kanton Zürich (Kantonspolizei Zürich, Stadtpolizeien Zürich und Winterthur und übrige kommunale Polizeikorps) könnte viel Personal eingespart werden, was vor allem der Bevölkerung der Stadt Zürich (gravierender Personalunterbestand bei der heutigen Stapo) markant zugute käme.

Am 11. März 2007 hat das Berner Stimmvolk der Bildung einer Einheitspolizei im Kanton Bern zugestimmt. Sämtliche kommunalen Polizeikorps (inkl. Stadtpolizei Bern) sind ab dem 1. Januar 2008, gestaffelt bis ins Jahr 2010, mit der Kantonspolizei vereint worden und bilden die heutige "Police Bern. Dieser Schritt schaffte laut Polizeixperten wertvolle Synergien; im Kanton Bern lassen sich seit dem Zusammenschluss der Polizeikorps Doppelspurigkeiten vermeiden. Personalengpässe konnten - ohne Personalerhöhungen und dank flacheren Führungsstrukturen weitgehend eliminiert werden. Was im zweisprachigen Kanton Bern möglich war, der - wie der Kanton Zürich - urbane und ländliche Gebiete aufweist - sollte im Kanton Zürich ebenfalls realisierbar sein.

Ich bitte den Stadtrat im Kontext um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sieht der Stadtrat in weiteren Bereichen der Polizeiaufgaben, als der Ausbildung, Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen den Korps des Kantons und Stadt Zürich zu verbessern?
2. Sieht der Stadtrat keine Tätigkeitsfelder, wo sich Doppelspurigkeiten zwischen den beiden Korps vermindern lassen?
3. Wäre eine Einheitspolizei nicht geeigneter, die bestehenden polizeilichen Herausforderungen; häufige Grossveranstaltungen, 24 Stunden Betrieb in den Ausgangszonen (beides Phänomene die eine Koordination über die Gemeindegrenzen erfordern), zu bewältigen?
4. Ist der Stadtrat nicht auch der Ansicht, dass sich mit einer Zusammenlegung von Kantons- und Stadtpolizei, der Schutz der Polizeigüter in der Stadt Zürich und damit die Sicherheit der Züricher Bevölkerung verbessert werden könnte?
5. Hat der Stadtrat Überlegungen einer weitergehenden Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei geprüft? Wenn ja, welche? Falls nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

1336. 2011/163

**Schriftliche Anfrage von Thomas Marthaler (SP) vom 18.05.2011:
Abschreibung von Postulaten im Zusammenhang mit möglichen Massnahmen zur
Entschärfung der Gewalteskalation und der Zusammenarbeit von Veranstalter-
und Behörden im Umfeld von Grossveranstaltungen**

Von Thomas Marthaler (SP) ist am 18. Mai 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Geschäftsbericht 2010 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat die Abschreibung von zwei Postulaten (2004/1705,1706), die im Umfeld von Grossveranstaltungen - Massnahmen zur Entschärfung der Gewalteskalation und die Verbesserung der Zusammenarbeit von Veranstaltern und städtischen Behörden - verlangen. Begründet wird der Abschreibungsantrag mit der Tatsache, dass eine Taskforce der Clubs des Polizeidepartements und des Schul- und Sportdepartements die Zusammenarbeit seit Herbst 2010 laufend festige und überprüfe. Im Übrigen wird auf den Bericht in der Weisung 231 vom April 2008, welcher im Gemeinderat behandelt wurde, verwiesen. Ich bitte den Stadtrat im Kontext um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum erachtet der Stadtrat die getroffenen Massnahmen als genügend, und verlangt in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse die Abschreibung der Vorstösse, welche griffigere Massnahmen verlangen?

2. Warum ist der Stadtrat nicht in der Lage anlässlich der Fussballspiele die Sicherheit sämtlicher Zuschauerinnen und Zuschauer zu gewährleisten?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass anlässlich des Spiels FCZ-FC Basel vom 11. Mai zivile Sicherheitsleute gewalttätigen Randalieren im Stadion hilflos gegenüberstanden?
4. Warum verzichtet der Stadtrat im Umfeld von Grossveranstaltungen auf die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopoles?
5. Warum wird von den Veranstaltern mittels einer Bewilligungspflicht nicht verlangt, Bemühungen zu belegen, damit Leute, die in Stadien im Schutz der Anonymität Straftaten verüben, den Strafverfolgungsbehörden zugeführt werden können?
6. Ist der Stadtrat nicht bereit oder nicht in der Lage ein Konzept vorzulegen, dass es Allen, auch Frauen und Kindern, ermöglicht ohne Furcht vor Beeinträchtigungen in Zürich Fussballspiele zu besuchen?

Mitteilung an den Stadtrat

1337. 2011/164

Schriftliche Anfrage von Ruth Anhorn (SVP) und Dr. Guido Bergmaier (SVP) vom 18.05.2011:

Massnahmen zur Durchsetzung des Fahrverbots auf dem Kloster-Fahr-Weg

Von Ruth Anhorn (SVP) und Dr. Guido Bergmaier (SVP) ist am 18. Mai 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 9. April 2003 reichten die Postulanten Hans Marolf und Rolf Stucker das Postulat 2003/138 ein mit der Forderung, dass der Stadtrat überprüfen solle, wie das geltende Fahrverbot auf dem Fischer-Weg und dem Kloster-Fahr-Weg nachhaltig durchgesetzt werden kann. Am 9. März 2005 wurde das Postulat unter folgender, geänderter Fassung mit offensichtlichem Mehr an den Stadtrat überwiesen:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das geltende Fahrverbot auf dem Fischer-Weg und dem Kloster-Fahr-Weg nachhaltig durchgesetzt werden kann und auf mindestens einer Seite des Flusses eine attraktive Fahrgelegenheit für Velofahrende geschaffen werden kann.

Inzwischen ist der Fischer-Weg offiziell für Velofahrende offen und der Kloster-Fahr-Weg auf der rechten Limmatseite nur für Fussgängerinnen und Fussgänger bestimmt. Leider sind immer wieder Velofahrende auf dem Kloster-Fahr-Weg unterwegs. Teils fahren sie schnell und rücksichtslos und bringen Fussgängerinnen und Fussgänger mit ihren Kindern in Gefahr. Schliesslich rechnet man auf diesem Weg nicht mit Velofahrenden. Teils sind die Wegabschnitte gut mit einem Fahrverbot versehen. Beim Kraftwerk Höngg „Am Giessen“ und bei der Einmündung von der Winzerhalde in den Kloster-Fahr-Weg sind keine Schilder oder Schilder „Fussweg“ angebracht.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist es möglich, die blauen Vorschriftssignale „Fussweg“, die z. B. bei der Einmündung Winzerhalde angebracht sind, zu ersetzen und einheitliche Fahrverbotsbeschilderungen (allg. Fahrverbot) auf dem ganzen Kloster-Fahr-Weg anzubringen und durch eine kleine Hinweistafel (Velosignet mit Pfeil) zu ergänzen (entlang der Glatt in Dübendorf vollzogen)? Für viele Leute wird die blaue Beschilderung „Fussweg“ nicht als Fahrverbotstafel gehalten.
2. An schönen Wochenenden verbringen viele Leute ihre Freizeit beim Spazieren auf dem Kloster-Fahr-Weg und rechnen nicht damit, Velofahrenden begegnen zu müssen. Spricht man diese Leute an, reagieren sie nicht oder werden ausfällig. Ist der Stadtrat bereit, am Kloster-Fahr-Weg durch Polizeikontrollen das Fahrverbot durchzusetzen?
3. Ist der Stadtrat allenfalls bereit, Abschränkungen an gewissen Stellen zu errichten, so dass Kinderwagen trotzdem die Stelle passieren können? Ein Vorfall oder eine Begegnung, wie dies an der Glatt in Dübendorf (mit tödlichem Ausgang) leider geschehen ist, möchte man sicher verhindern.

Mitteilung an den Stadtrat

1338. 2011/165

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom 18.05.2011:

Richtlinien für den Massstab von Plänen von Strassenbauprojekten im Rahmen öffentlicher Planaufgaben

Von Roland Scheck (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) ist am 18. Mai 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Bei öffentlichen Planaufgaben im Sinne von §13 und §16/17 Strassengesetz ist es Usanz, die Pläne im Massstab 1:200 aufzulegen. Immer wieder ist jedoch festzustellen, dass einzelne Strassenbauprojekte in Abweichung zur Usanz im Massstab 1:500 ausgefertigt sind (Beispiele: Rotbuchstrasse Abschnitt Rötelstrasse bis Schaffhauserplatz, Lagerstrasse). Dieser grobe Massstab bereitet der Einsicht nehmenden Bevölkerung im Rahmen von Mitwirkungs- und Planfestsetzungsverfahren Mühe, die erforderlichen Details aus den Plänen herauszulesen. Insbesondere ist auch die Ermittlung bzw. der Nachvollzug der Parkplatzbilanz bei einem Massstab von 1:500 nahezu unmöglich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Aus welchen Gründen werden einzelne öffentliche Planaufgaben in Abweichung zur Usanz im Massstab 1:500 ausgefertigt?
2. Nach welchen Kriterien entscheidet das Tiefbauamt der Stadt Zürich die Anwendung des jeweiligen Massstabs für öffentliche Planaufgaben?
3. Von welchen externen Planungs- und Projektierungspartnern stammen die von der Usanz abweichenden Pläne im Massstab 1:500 in den Jahren 2009, 2010, 2011 (Bitte um Auflistung der Ingenieurbüros)?
4. Weshalb werden in letzter Zeit vermehrt externe Planungs- und Projektierungspartner anstelle hausinterner Spezialisten beigezogen?
5. Welches sind die Zuschlags-/Auftragserteilungskriterien für die Wahl des externen Partners zur Projektierung von Strassenbauprojekten?
6. Aus welchen Gründen spezifiziert das Tiefbauamt bei der Auftragsvergabe oder Abnahme von Plänen Dritter nicht einen einheitlichen Massstab?
7. Aus welchen Überlegungen und aus welcher Absicht beschriftet das Tiefbauamt Pläne, die im Massstab 1:500 gezeichnet sind, mit «1:200» (Beispiel: Planaufgabe Strassenbauprojekt Lagerstrasse, bis 12.07.2010)?
8. Aufgrund welcher Fakten kann der Stadtrat eine Korrelation von Planaufgaben im Massstab 1:500 und Strassenbauprojekten, die einen ausserordentlichen, massiven Parkplatzabbau vorsehen (Beispiel: Planaufgabe Strassenbauprojekt Lagerstrasse, bis 12.07.2010), ausschliessen?
9. Ist der Stadtrat der Meinung, dass bei den vergangenen Planaufgaben im Massstab 1:500 der Bevölkerung ausreichend Möglichkeit zur fundierten Mitwirkung und Planfestsetzung geboten wurde? Waren Laien aus Sicht des Stadtrats in der Lage, den Parkplatzabbau beim Strassenbauprojekt Lagerstrasse aus den Plänen 1:500 zu erkennen und herauszulesen?
10. Welche Schritte unternimmt der Stadtrat inskünftig zur Vereinheitlichung der Massstäbe bei öffentlichen Planaufgaben?

Mitteilung an den Stadtrat

1339. 2011/166

Schriftliche Anfrage von Ruth Anhorn (SVP) und Bruno Wohler (SVP) vom 18.05.2011:

Tuffstein-Brunnen auf dem Altstetterplatz, Massnahmen zur Pflege und Kostenfolgen

Von Ruth Anhorn (SVP) und Bruno Wohler (SVP) ist am 18. Mai 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Nach einer Bauzeit von sechs Monaten und viel höheren Kosten von insgesamt 3,2 Millionen Franken ist am 22. November 2005 der neu gestaltete Altstetterplatz eingeweiht worden. Noch im Herbst 2003 hat man 1,5 Millionen Franken Investitionskosten budgetiert. Es sei eine Aufwertung für das Quartier und der Platz

präsentiere sich als offene Begegnungszone, hatte der Stadtrat anlässlich der Eröffnungsfeier verkündet. Der neue Bahnhofsvorplatz „runway“ ist vom Büro Raderschall Landschaftsarchitekten entworfen worden. Auffallendstes Element auf dem Platz ist der neue Brunnen. Im langen Wasserbecken ist eine gegen 2,2 Meter hohe Mauer aus gebrochenen Tuffsteinen aufgeschichtet, die permanent mit Wasser besprüht wird. Sie soll ein akustischer Gegenpol zu den Geräuschen des Verkehrs rund um den Platz bilden. Die im Brunnen eingebauten LED-Leuchten sorgen nachts zusammen mit den Bodenleuchten für ein angenehmes Licht und tauchen, wie damals der Pressemitteilung zu entnehmen war, „den Platz in eine wohlige Stimmung“.

Immer wieder bildet sich Moos und andere Ablagerungen auf diesen Steinen, welches auch schon entfernt worden ist. Der nicht gerade tolle Anblick dieses Brunnens hat es auch schon zu Kommentaren von Zeitungsjournalisten gebracht. Auch Bürgerinnen und Bürger, die oft an diesem Brunnen vorbeikommen, ärgern sich über dessen Erscheinungsbild.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, dass das Erscheinungsbild dieses Tuffsteinbrunnens wieder ansehnlicher wird?
2. Entspricht der Brunnen in der heutigen Verfassung den damals gemachten Vorstellungen?
3. Besteht mit den Landschaftsarchitekten Raderschall ein Vertrag, wie und wie oft dieser Brunnen instand gehalten werden muss?
4. Sind im Zeitabschnitt von der Eröffnung bis heute wegen Reinigungsarbeiten oder sonstigen Änderungen der Stadt weitere Kosten entstanden? Wenn ja – wie viel?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1340. 2011/144

Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Bericht und Rechnung 2010

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument „Bericht und Rechnung 2010“, unter Beilage einer Zuschrift der Stiftung PWG von Mitte Mai 2011, zugestellt worden.

1341. 2010/377

Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 08.09.2010: Turbinenplatz, Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage

Marcel Schönbächler (CVP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 25. Mai 2011, 17 Uhr.